Morgen-Ausgabe

225 Jahre

Nummer 93 a

Einzelpreis 10 Pfennig.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen 1703 1928

Bezugspreis: monatlich 2 G-M bei 2maliger Zustellung 2.50 G-M ausschließlich Zustellungsgebühr — Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadenersatz. Zeitungsabbestellungen werden nur bis zum 5. des Vormonats angenommen

Halle-Saale

Freitag, 20. April 1928

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene 26 mm breite Millimeterzeile 15 Pfg. Kleine Anzeigen 4 Pfg. Familien-Anzeigen 6 Pfg. Stellengesuche 6 Pfg. Die 3gespaltene 80 mm breite Reklame-Millimeterzeile 70 Pfg. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort für alle Sachen Halle (Saale). Für Platzvorschriften und telephonisch übermittelte Inserate übernehmen wir keine Garantie

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 27 801, abends von 6 Uhr an Redaktion 25 609 u. 25 610. — Postscheckkonto Leipzig 20 512

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag u. Druck von Otto Eisner, Halle-Saale

Der Kriegsplan des Rot-Frontkämpferbundes

Unflätigste Beschimpfung des Reichs-Innenministers durch die Linkspresse

Wahlkampftrupps sollen sämtliche Wahlversammlungen stören — Möglichst vor Eintreffen der Polizei soll „ganze Arbeit" geleistet werden — Die Wahlkampftrupps mit falschen Ausweisen auf harmlos klingende Sportvereine versehen

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

ka. Berlin, 19. April.

Der zuständige Senat des Reichsgerichts wird, wie angekündigt, in wenigen Tagen über den Protest Preußens und einiger weiterer linksregierter Staaten gegen das Verbot des Rot-Frontbundes durch den Reichsinnenminister entscheiden. Während sich nun die Blätter der Linken gegen das Verbot wenden und den Reichsinnenminister in unflätigster Weise beschimpfen, bereitet die Bundesleitung von Rot-Front in aller Ruhe ihren Kriegsplan für den kommenden Wahlkampf vor. Wir erfahren hierzu folgende Einzelheiten:

Innerhalb des Bundes ist eine vollständige Organisation zur Störung sämtlicher Wahlversammlungen eingerichtet worden. Die Mitglieder sind in sogenannte Wahlkampftrupps eingeteilt. Die Hälfte eines Trupps soll sich nach den bis jetzt erteilten Instruktionen in den betreffenden Wahllokalen aufhalten und durch fortgesetzte Zwischenrufe die Versammlungsredner stören. Die andere Hälfte hat sich vor dem Lokal aufzuhalten, um gegebenenfalls die Redner und Versammlungsleiter beim Verlassen des Lokals zu überfallen und zu verprügeln. Die Leitung des Rot-Front-Bundes geht dabei davon aus, daß außer in Berlin auch in vielen größeren Städten des Reiches die Polizeibehörden im Gegensatz zu früher keine Beamten in die Wahlversammlungen schicken. Die Kommunisten hoffen auf diese Weise bis zu etwaigem Eintreffen von Polizeimannschaften bereits „ganze Arbeit" getan zu haben. Um das Verbot des Bundes zu umgehen, hat dieser ferner seine Mitglieder mit falschen Ausweisen ausgerüstet, die auf die Namen harmlos klingender Sportvereine ausgestellt worden sind.

Aus den Hetzreden, die die Kommunisten jetzt allenthalben auf offener Straße halten, ist außerdem zu entnehmen, daß sie unter allen Umständen dafür Sorge tragen wollen, die Wählerschaft am Wahltage vom Aufsuchen der Wahllokale überhaupt abzuhalten. Nötigenfalls wollen sie mit Handgranaten, Pflastersteinen und Luftbüchsen gegen die Wähler vorgehen.

Infolgedessen wird der Ruf nach Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung immer lauter. Dem Treiben der Kommunisten ruhig zuzusehen, hieße ja direkt gegen die Bestimmungen der Reichsverfassung verstoßen.

Die roten „Messerhelden" von Altenburg

Altenburg, 19. April.

Die beiden bei dem Stahlhelmtag am Sonntag von Kommunisten überfallenen und durch Messerstiche schwerverletzten Stahlhelmleute befinden sich immer noch im Krankenhause. Der am schwersten verletzte 17jährige Werner Stephan aus Aue bei Zeitz, der zwei Stiche in die Lunge und einen Stich in den Nacken erhielt, ist immer noch von hohem Fieber befallen, doch hofft man, ihn durchzubringen, während es dem anderen, dem durch Stiche in den Rücken verwundeten Hermann Schwarz aus Remda bei Rudolstadt befriedigend geht. Die wegen der Ueberfälle verhafteten vier Kommunisten leugnen immer noch die Tat, trotzdem die Beweise erdrückend sind. Der Haupttäbeltäter Maiwald aus Leipzig trug außer einem Revolver einen blutigen Dolch und einen sogenannten Totschläger bei sich. Alle vier Verhafteten werden überdies wegen Landfriedensbruches unter Anklage gestellt. Der mitverhaftete Arbeiter Mahler aus Langenleuba-Niederhain versuchte in der Nacht einen Ausbruch aus dem Gefängnis, sein Vorhaben konnte aber in letzter Minute vereitelt werden.

Bayern und Württemberg verbieten den Rot-Frontkämpferbund

Die Länder, in denen noch Ordnung und Vernunft herrschen!

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 19. April.

Die bayerische und die württembergische Staatsregierung haben dem Ersuchen des Reichsinnenministers von Keudell stattgegeben und den Roten Frontkämpferbund verboten.

*

Während sich einige Länderregierungen noch immer nicht entschließen können, dem nur allzu berechtigten Ersuchen des Reichsinnenministers auf Verbot des Roten Frontkämpferbundes nachzukommen und einige linksregierte Staaten, an der Spitze natürlich das Preußen des Herrn Braun, sogar die Forderung Keudells abgelehnt haben, kommt aus Süddeutschland die erfreuliche Meldung von dem Verbot der roten radikalen Organisation durch Bayern und Württemberg. Diese beiden Länder beweisen mit diesem Schritt, daß sie gewillt sind, Ordnung zu halten und die Bevölkerung vor Willkürakten der roten Elemente zu schützen. Bayern insbesondere war immer vorbildlich, denn es hat ja am ehesten verspüren müssen, wie eine Herrschaft der Kommunisten sich auswirkt. Hoffentlich folgen dem Beispiel der beiden süddeutschen Ordnungsstaaten nun sogleich auch andere Länder.

Wer trägt die Schuld?

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

ks. Berlin, 19. April.

Die „Germania" wendet gegen das Ersuchen des Reichsinnenministers, den Roten Frontkämpferbund zu verbieten, ein, daß damit Differenzen zwischen Reich und Länder getragen würden, so daß es im Ergebnis nicht wenig ausmache, wenn die Mitglieder des Roten Frontbundes als F. P. D.-Leute mit Abzeichen in den Straßen marschierten. Diese Einwendungen sind unbegründet. Es ist ein größerer Unterschied, ob eine organisierte Kampfgruppe oder Parteimitglieder auf der Straße marschieren. Wenn die „Germania" erklärt, daß Differenzen zwischen Reich und Ländern in den Wahlkampf getragen werden, so liegt die Schuld einzig bei jenen Regierungen, die in ihren Ländern nicht für Ruhe und Ordnung sorgen.

Riesenprozeß gegen Rotfrontkämpfer

Mit Schußwaffen und Zaunlatten gegen Stahlhelmleute.

(Telegraphische Meldung.)

Bochum, 19. April.

Vor der Essener Strafkammer wird zurzeit ein Landfriedensbruchprozeß größten Ausmaßes verhandelt. Unter Anklage stehen 17 Rotfrontkämpfer aus dem Essener Revier, die im September auf einen Zug Stahlhelmer einen ungewöhnlich rohen Angriff ausführten. Zu dem Prozeß sind nicht weniger als 190 Zeugen geladen. 14 Tage sind für diesen Riesenprozeß in Aussicht genommen. Im Sitzungssaal hat eine Reihe Stahlhelmmitglieder Platz genommen, die bei dem Angriff mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Die Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes hatten die Stahlhelmer in heimtückischer Weise auf dem Heimmarsch nach Gelsenkirchen mit Schußwaffen, Zaunlatten und anderen Werkzeugen überfallen. Es kam zu einer förmlichen Schlacht. Schließlich blockierten die Rotfront-Leute eine Gastwirtschaft, in der sie die Stahlhelmleute vermuteten. Sie zertrümmerten alles, was nicht niet- und nagelfest war. 30 Personen erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen.

Ein „Anschlag" auf „harmlose Kinder"

Es ist wieder einmal das alte Bild. Preußen sabotiert Maßnahmen, die von einer Reichsstelle ausgehen, und rühmt sich dieses Handelns noch. Der preußische Innenminister hat dem Reichsministerium des Innern mitgeteilt, daß er dem Ersuchen auf ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes nicht entsprechen werde und hat im Verfolg dieser ablehnenden Haltung die Entscheidung des Staatsgerichtshofes angerufen. Eine Reihe anderer mehr oder minder sozialistisch regierter Länder sind dem Beispiel Preußens gefolgt. Man darf annehmen, daß der Staatsgerichtshof seine Entscheidung beschleunigen wird; aber wenn die Frist auch noch so kurz ist, so ist der Aktion gegen die militärische rote Organisation doch eigentlich schon das Rückgrat gebrochen. Gewiß, das Verbot muß unbedingt durchgeführt werden; es muß durchgeführt werden aus Gründen der Staatsautorität, und weil der Tatbestand einer hochverräterischen Unternehmung ganz unzweifelhaft nachgewiesen werden kann. Es muß auch durchgeführt werden, um die Freiheit der Wahlen zu sichern. Aber seine Durchführung kann unter den nun jetzt eingetretenen Umständen nicht mehr den gleichen durchschlagenden Erfolg haben, wie er eingetreten wäre, wenn Preußen und die anderen Länder sofort und unmittelbar dem Ersuchen des Reichsinnenministers entsprochen hätten. Da der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, der heute ein Senat des Reichsgerichts ist, die vom Reichsministerium des Innern gegebene Begründung sicher sich zu eigen machen wird, so kann durch die preußische Ablehnung der Rot-Frontkämpferbund kaum von seinem verdienten Schicksal errettet werden. Gerettet für ihn und für die ganze bolschewistische Bewegung in Deutschland sind aber bereits die Organisationspläne und andere Geheimakten, sowie die Kriegskasse, die durch einen schnellen Zugriff der Behörden vor dem Verschwinden bewahrt geblieben wären. Aber der Rotfrontkämpferbund hat ja zudem noch durch ein demokratisches Blatt, dem man besonders gute Beziehungen zu preußischen Stellen nachsagt, schon vorher eine freundliche Warnung erhalten. Diese Warnung ist von hellhörigen Ohren sicher richtig verstanden und sofort befolgt worden. Steht es doch außerdem fest, daß amtliche preußische Stellen auf die ersten Anfragen hin bereits rückhaltlos der Oeffentlichkeit von dem Ersuchen des Reichsinnenministers Kenntnis gaben und somit eine Angelegenheit, die unter allen Umständen bis zu ihrem Abschluß mit größter Vertraulichkeit hätte behandelt werden müssen, an die große Glocke hingen. Das ist wirklich kein Ruhmesblatt, und man darf wohl erwarten, daß nun das deutsche Bürgertum sich aufrafft und den sozialistischen Machthabern in den verschiedenen Ländern ihr Verhalten gebührend ankreidet. Im übrigen versucht man, insbesondere von demokratischer Seite her, einen Zwiespalt im Reichskabinett zu konstruieren und den Reichsinnenminister v. Keudell in Gegensatz zu den anderen Ministern zu bringen. Das ist vergebene Liebesmühl'. Der Reichsinnenminister, als der Polizeiminister, hat selbstverständlich im Rahmen seiner Ressortaufgaben selbständig gehandelt, aber er hat ebenso selbstverständlich gemäß der Bestimmung des Artikels 56 der Reichsverfassung den Reichskanzler unterrichtet und natürlich auch den Ministern, deren Ressorts berührt werden könnten, die entsprechenden Eröffnungen gemacht. Die Gegenfrage ist wohl erlaubt, ob der Herr preußische Innenminister im Einvernehmen mit dem preußischen Kabinett oder ganz aus eigener Entschließung heraus die Rettungsaktion für den Rot-Frontkämpferbund unternommen hat.

Urteil im Streit um das Hindenburgbild

Der Streit um das Hindenburg-Bild, die Klage, die der Verlag Ullstein gegen die Verlagsanstalt Otto Elsner wegen deren Wiedergabe des in der Berliner Illustrierten Zeitung veröffentlichten Hindenburg-Bildes anläßlich des Festmahls für den afghanischen König und der daran geknüpften Kritik angestrengt hatte, ist heute gerichtlich entschieden worden. Der Verlag Ullstein verlangte die Entscheidung über den Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen die Weiterverbreitung mit der Behauptung, es handele sich um eine Nachgeichnung aus der Berliner Illustrierten Zeitung. Das Gericht hat den Antrag des Klägers auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen die Firma Otto Elsner kostenpflichtig abgewiesen. Im übrigen wird die noch schwebende Klage nochmals Gegenstand der Verhandlung in einem auf dem 28. April stattfindenden Haupttermin sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192804201-11/fragment/page=0001

Deutschnationale Forderungen zur Agrarpolitik

Berlin, 19. April.

Neben den Parteiaufrufen veröffentlicht die Deutschnationale Volkspartei eine Entschließung zur Agrarpolitik, in der nachstehende Forderungen aufgestellt werden:

I. Zur Zoll- und Handelspolitik.

Grundsätzliche Abkehr vom gegenwärtig noch maßgebenden handelspolitischen System mit dem Ziel eines tatsächlichen Ausgleichs der Handels- und Zahlungsbilanz; Rückkehr zur autonomen Regelung der landwirtschaftlichen Zollsätze; beschleunigte Vorbereitung eines dem zollpolitischen Rüstzeug anderer Staaten angepaßten neuen Zolltarifs; in der Zwischenzeit Ablehnung jedes neuen Handelsvertrages, der der Landwirtschaft neue Opfer auferlegt, und keine internationalen Bindungen, die die Freiheit unserer Handelspolitik beengen; Aufhebung der Umsatzsteuerfreiheit für die Einfuhr von Agrarprodukten! wirksame veterinärpolizeiliche Maßnahmen zum Schutze unserer Viehbestände gegen Seucheneinschleppung; gleichmäßige Handhabung der Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes für In- und Auslandsfleisch.

II. Steuerpolitik.

Die wichtigste staatliche Maßnahme, welche die Erzeugungskosten verminbern könnte, ist strengste Sparsamkeit der öffentlichen Hand als Grundlage für die Senkung und gerechte Verteilung der öffentlichen Lasten. Hierfür ergeben sich folgende Ziele:

Begrenzung der Gesamtsteuerlast nach der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, Zahlung von Steuern aller Art nur aus dem tatsächlichen Ertrag ohne Rückgriff auf die Substanz; Verteilung der Schul-, Straßen- und Strombaulasten auf tragfähigere und breitere Schultern. Uebernahme der persönlichen Schullasten auf den Staat unter Abänderung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden; Einkommenbesteuerung nach mehrjährigem Durchschnitt; Berechtigung der Kommunen zur Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer und zur gleichmäßigen steuerlichen Erfassung jetzt steuerfreier Einkommen; Abbau der staatlichen Grundvermögensteuer oder gleichartiger Steuern; keine Wohnungsbauabgabe auf dem Lande; Abbau der Hauszinssteuer auf landwirtschaftliche Betriebs- und Wohngebäude in allen Ländern; keine Zugtier- und Gespannsteuern; Festsetzung der Steuern für nicht buchführende Landwirte nicht über dem Durchschnitt der buchführenden Betriebe und unter voller Berücksichtigung des tatsächlichen Betriebsaufwandes; Verstärkung des Rechtsschutzes, namentlich gegen ungesetzliche Veranlagungen (Zustellungen, Fristen, Rechtsmittel) in Reich, Ländern und Gemeinden.

III. Sozialpolitik und soziale Gesetzgebung.

Die beste Sozialpolitik ist eine gesunde, arbeitschaffende Wirtschaftspolitik. — Wir fordern: Ueberprüfung der sozialen Versicherungsgesetzgebung mit dem Ziel, jeglichen Leerlauf zu vermeiden, den unproduktiven Verwaltungsaufwand auf ein Mindestmaß herabzusetzen, ohne die notwendigen Leistungen zu vermindern; Verhinderung des Mißbrauchs der sozialen Versicherung durch Anpassung, insbesondere der Arbeitslosenversicherung, an die Eigenheiten des landwirtschaftlichen Berufs.

IV. Ländliche Arbeiterfrage.

Die Landwirtschaft muß zur Abdämmung der Landflucht in die Lage versetzt werden, die Löhne der Landarbeiter so zu verbessern, daß zur Abwanderung in die Industrie kein Anreiz mehr gegeben ist; die Voraussetzungen für eine durchgreifende Besserung des Wohnungswesens der Landarbeiter zu schaffen. (Vergabe von langen Krediten zum Landarbeiterwohnungsbau, Verbilligung der ersten Hypotheken für den Eigenheimbau, Vereinfachung des Verfahrens, Fortführung der Landarbeitersiedlung, Schaffung von Ledigenheimen für die Jungarbeiter und Arbeiterinnen sowie von Altersheimen); eine umfassende Berufsschulung der jungen Landarbeiter durchzuführen; daß kulturelle und gesellschaftliche Leben auf dem Lande unter besonderer Berücksichtigung der Landarbeiter (Förderung von Spiel und Sport) zu heben.

V. Hebung von Erzeugung und Absatz.

Fortsetzung und Ausbau der im Notprogramm der Reichsregierung angebahnten Maßnahmen zur Hebung der Erzeugung durch Unterstützung der Bestrebungen, die eine zweckmäßigere Gestaltung der Betriebsweise und Anpassung der Erzeugung an die Bedürfnisse des Marktes zum Ziele haben; Erweiterung des Einfuhrscheinsystems auf andere Einfuhrwaren, insbesondere solche des landwirtschaftlichen Bedarfs; Unterstützung der Organisation des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit dem Ziele der Verminderung der Zwischenkosten (Beispiel: Ausbau der Getreidehandelsgesellschaft); Förderung der Herstellung der den Bedürfnissen der Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe angepaßten landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte; Förderung des landwirtschaftlichen Unterrichts und der Betriebsberatung.

VI. Kreditnot.

Das Endziel jeder Kreditpolitik muß die Entschuldung und damit Festigung des ländlichen Grundbesitzes sein. Wir fordern: Förderung der Umschuldung mit dem Ziel einer angemessenen Zinssenkung; sachgemäße Verwendung der Umschuldungskredite unter maßgeblicher Beteiligung der landwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper; Förderung der Vereinheitlichung und Stärkung des genossenschaftlichen Kreditwesens; gesetzliche Einwirkung auf alle öffentlich-rechtlichen Kapitalsammelstellen (Versicherungsunternehmungen, öffentliche Sparkassen usw.), einen erheblich höheren Anteil ihrer verfügbaren Mittel in landwirtschaftlichen Hypotheken anzulegen; außerordentliche Maßnahmen zur Hilfe für notleidende Pachtbetriebe und Roggenrentenschuldner.

VII. Bodenpolitik und Siedlung.

Der Schutz des privaten Eigentums am landwirtschaftlich genutzten Grund und Boden darf nicht unterhöhlt werden. Dem Eigentümer ländlichen Grundes und Bodens muß die sichere Aussicht erblühen, die von ihm oder seinen Vorfahren bewirtschaftete Scholle seinen Erben zu freiem Eigentum zu übergeben. Nur wenn diese Sicherheit gegeben ist, kann die Nahrungsfreiheit des deutschen Volkes erreicht werden. Die gegenwärtige Notlage der Landwirtschaft darf nicht ausgenutzt werden, den Besitz der öffentlichen Hand an Grund und Boden in ungesunder Weise zu vermehren. Vielmehr müßte mehr als bisher Staats- und Gemeindebesitz der bäuerlichen und Landarbeitersiedlung erschlossen werden.

Betriebe, die wegen Ueberschuldung zum Verkauf gelangen, sind einer sachgemäßen Siedlung nutzbar zu machen. Den Landlieferungsverbänden und gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften sind hierfür ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Siedlung ist aber nur zu verantworten, wenn die Lebensfähigkeit der neuen Existenzen gewährleistet ist. Siedlung auf Oedland außer der Siedlung vom Hofe aus ist insoweit zu fördern, als die hierfür nötigen Mittel nicht zur Stützung altkultivierten Besitzes notwendig sind. Die Siedlungspolitik ist zu ergänzen durch eine entsprechende Politik der Besitzfestigung bäuerlicher Betriebe. Beseitigung der Hemmnisse der Gemengelage durch großzügige Feldbereinigung in den Gegenden des Streubesitzes. Dringend nötig ist der Ausbau des ländlichen Wegenetzes, insbesondere in den Neusiedlungen, der Ausbau der Lokalbahnen, des ländlichen Kraftverkehrs, des Postbestellungs- und des Fernsprechnetzes."

Die Deutschnationalen zur Verfassungsfrage

Forderung einer Stärkung der verfassungsmäßigen Stellung des Reichspräsidenten — Der Reichspräsident zugleich preußischer Staatspräsident

Berlin, 19. April.

Zusammen mit ihren Wahlaufrufen veröffentlicht die Deutschnationale Volkspartei folgende Stellungnahme zur Verfassungsfrage:

„Im deutschen Volk wächst die Erkenntnis, daß die Verfassung von Weimar verhängnisvolle Mängel hat. Wenige Jahre haben genügt, um die Warnungen, mit denen wir in Weimar fast allein standen, als begründet zu erweisen. Die Linke verspricht, dadurch Abhilfe zu schaffen, daß sie die letzte Grundlage der alten Reichsverfassung zerstört: den bundesstaatlichen Charakter des Reiches. Damit läßt sie die Kernfrage ungelöst.

I. Nach der Weimarer Verfassung soll alle Gewalt vom Volke ausgehen. Alle wirkliche Gewalt aber liegt beim Reichstag, die Rechte des unmittelbar vom Volk gewählten Reichspräsidenten sind eng begrenzt. Der Absolutismus des Parlamentes bedeutet die Alleinherrschaft von Parteien, die im Kampfe um die Macht auf die Erhaltung der Gunst der Wählermassen angewiesen sind. Für die Regierung bildet die Abhängigkeit von einer Parlamentsmehrheit das schwerste Hemmnis sachlicher Arbeit. Regierungskrisen, verschwenderische Wirtschaft, Mangel an Führung sind die Folgen dieses Systems. Darum fordern wir eine Stärkung der verfassungsmäßigen Stellung des Reichspräsidenten. Er soll das Recht erhalten, eine Regierung zu berufen, deren Fortbestand nicht täglich durch ein Mißtrauensvotum des Parlaments in Frage gestellt werden kann. Der Artikel 54 der Reichsverfassung muß beseitigt werden.

II. Das von Bismarck mit genialer Staatskunst geregelte Verhältnis zwischen Reich und Bundesstaaten ist durch die Verfassung von Weimar in gefährliche Verwirrung gebracht worden. Man sucht in allen Lagern nach Reformen. Wir fordern, daß die Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern klar abgegrenzt werden, damit unnötiges Nebeneinander und Gegeneinander behördlicher Arbeit beseitigt wird. Daher muß die Eigenstaatlichkeit der Länder im Interesse einer freudig bejahten Reichseinheit, die keinen Einheitsstaat aus Zwang verträgt, gewahrt bleiben. An die Stelle der alten organischen Verbindung ist der Dualismus zwischen Reich und Preußen getreten. Der Reichspräsident kann in sich die Staatsgewalt von Reich und Preußen weder zu einem einheitlichen Ganzen verbinden, sofern er Unabhängigkeit vom Mißtrauensvotum der Parlamente erhält. Unter dieser Voraussetzung fordern wir: Der Reichspräsident soll zugleich preußischer Staatspräsident sein. Er soll die preußischen Staatsminister nach den gleichen Grundsätzen wie die Reichsminister berufen und das Recht haben, die Aemter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten in eine Hand zu legen."

Chaos im Berliner Rathaus

ka. Berlin, 19. April.

Wie wir hören, ist die Tatsache, daß die Stadt Berlin noch kein einziges Bauvorhaben für dieses Jahr finanziert hat, auf das völlige Durcheinander zurückzuführen, das im Berliner Rathause herrscht. Das Treiben der Sozialdemokraten und Kommunisten hat jedes Programm unmöglich gemacht, und wie die Dinge liegen, dürften das Städt. Bauamt und die Städt. Wohnungsfürsorge-Gesellschaft auch im Juni noch nicht darüber einig sein, was in diesem Jahre im Hinblick auf den Wohnungsbau überhaupt geschehen soll.

*

Ueber die Verhandlungen Dr. Köhlers mit Parker Gilbert in Rom sind eine Menge falscher Gerüchte im Umlauf gesetzt worden. So hieß es, der Reichsminister hätte den Reparationsagenten um eine Unterredung gebeten, die von diesem abgelehnt worden wäre. Nach unseren Informationen trifft dies nicht zu. Wie von zuständiger Stelle verlautet, hat vielmehr Dr. Köhler sehr wohl mit Parker Gilbert gesprochen und von ihm die gewünschten Informationen erhalten.

Feuilleton

Halle, 20. April.

Halles Boden- und Wasserverhältnisse

Professor Holdefleiß spricht im „Gartenbau-Verein."

In der am Mittwoch abgehaltenen Mitgliederversammlung des „Gartenbau-Vereins Halle" setzte Professor Holdefleiß seine bereits früher begonnenen Ausführungen fort und ging insbesondere auf die Bodengestaltung und die Wasserverhältnisse unserer Stadt und ihrer nächsten Umgebung ein.

„Das eigentliche alte Halle", so führte der Vortragende aus, liegt im sogenannten Tale, durch das sich eine tiefere Halde hinzieht, in der sich die Ortschaften Glaucha, Trotha und andere ansiedelten. Die weitere Entwicklung der Stadt vollzog sich dann an den Abhängen, die beiderseits der Saale ansteigen, so daß die heutige Stadt von einer besonders günstig gelegenen Stelle aus einen vorzüglichen Rundblick gestattet. Außerhalb dieser Abhänge finden wir ein beinahe ebenes Plateau, das sich besonders nach Süden hin erstreckt und hier und dort von sogenannten Kangeln durchzieht ist, die im allgemeinen als Berge bezeichnet werden, trotzdem sie nur von einer Seite als solche wirken, wie dies besonders beim Galgenberg in Erscheinung tritt.

Für die Kultivierung dieses Plateau ist es von Bedeutung, daß seine ebene Beschaffenheit von mehreren Abstufungen unterbrochen wird, die sich besonders auf die Wasserverhältnisse günstig auswirken. Vor den Einflüssen der Winde und Witterungsverhältnisse geschützte sogenannte Quertäler ziehen sich von hier aus neben dem ganzen Lauf der Saale hin, wie z. B. das Tal von Wittekind, die Baumenstraße, Handelstraße, Mühlweg u. a. Sie charakterisieren sich besonders dadurch, daß Apfel, Kastanien, die die Vegetation überhaupt, sich hier früher und auch günstiger entwickeln als in den meisten übrigen Teilen der Stadt. Dazu kommt vor allem das weite Saaletal selbst, das das zurücktretende Plateau durchschneidet.

Bemerkenswert sind die Unterschiede der zu beiden Seiten der Saale vorkommenden Mineralien. Während auf der westlichen Seite Muschelkalk vorwiegt, fehlt er auf der östlichen Seite vollkommen und macht dem sogenannten Auemergel und Auelehm Platz. Ueberhaupt weisen die geologischen Verhältnisse der Stadt mancherlei interessante Merkwürdigkeiten auf. Fast alle Gesteinsschichten sind vertreten. Im ganzen nördlichen Teil der Stadt herrscht der Porphyr vor, der in zwei Formen in Erscheinung tritt: wir unterscheiden den jüngeren und den älteren Porphyr, und finden den ersteren vorwiegend am Galgenberg, während der letztere mehr zum Petersberg hin auftaucht. Dieser nördliche Porphyr hat seine Grenze an einer sogenannten Verwerfung, die die ganze Stadt quer durchzieht, und ohne diese Verwerfung wäre in unserer Stadt nie eine Salzquelle zum Vorschein gekommen. Diese Verwerfung teilt die Stadt in zwei große Hälften. Wir finden auf der einen vorwiegend den groben Porphyr und sein Verwitterungsprodukt, einen weißen, äußerst bindigen Ton, der mit starken Gips vermischt ist. Nachteilig wirkt sich dieses Gipsvorkommen insofern aus, als das Wasser der ganzen nördlichen Seite der Verwerfung äußerst gipshaltig und hart zutage tritt. Im Süden begegnen wir hauptsächlich dem Buntsandstein, einem mit sandigen Schichten durchsetzten bröcklichem Ton, wie wir ihm auf den Feldern von Wörmlitz vielfach auffinden. Das ganze Hochplateau besteht aus dem sogenannten Diluvial-Mischland, der hervorragend günstige Pflanzennährstoffe bildet. Ueber dem Mischland liegt eine schwache Schicht von Lehm und diluvialem Mergel, die durch die eigenartige Wasserabsickerung und Umsetzung eine wertvolle künstliche Drainage darstellen.

Die Aue erstreckt sich horizontal neben der Saale und ist von ihr zum großen Teil erst angeschwemmt worden. Großer Humusreichtum und eine Menge von Pflanzennährstoffen fördern hier das Wachstum ungemein und machen die Aue zu unserem reichsten Boden. Eine Merkwürdigkeit bildet hier das zahlreiche Vorkommen sogenannter Tonnester, deren Material sich vorzüglich zur Ziegelgewinnung eignet, so daß wir u. a. bei Bassendorf, oder auch früher auf der Ziegelwiese der Ziegelfabrikation begegnen."

Einen Schillings-Raun-Ochs-Festabend veranstaltete der „Reichsverband Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer" im Verein mit dem „Berliner Tonkünstler-Verein" im Festsaal des Hotel „Esplanade" in Berlin aus Anlaß der Geburtstagsfeiern seiner Führer und Ehrenmitglieder. In einem großen Kreis namhafter Autoren und Tonkünstler begrüßte der Vorsitzende des „Reichsverbandes", Komponist Arnold Ebel, die Ehrengäste, während Professor Dr. Hans Joachim Moser auf den 60jährigen Hugo Kaun und den 70jährigen Siegfried Ochs, der Direktor der Münchener Akademie der Tonkunst, Professor Dr. H. W. von Waltershausen auf den 60jährigen Max von Schillings sprach. Auf die Damen der Jubilare sprach in geistvoller, laut bejubelter Rede Geheimrat Professor Dr. Max Friedländer. Als Vertreter der geladenen Verbände dankte der Vorsitzende des „Reichsverbandes der bildenden Künstler Deutschlands", der Maler Otto Marcus, während der Präsident Richter für den „Reichsverband der deutschen Presse" in kernigen Worten auf die Freiheit der Kunst sprach.

Von Zermatt bis zum Zittelhaus

Ein Lichtbildervortrag beim Alpenverein.

Dienstag abend fand im größten Hörsaal der Universität der siebente Lichtbildervortrag des „Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins", Sektion Halle, statt. Professor Dr. med. Kneise eröffnete die Versammlung und gedachte mit warmen Worten der im Sonnblickgebiet, in der Nähe des Zittelhauses, der Sektion Halle gehörig, verunglückten 13 Stifahrer (Wiener Naturfreunde), ebenso der verstorbenen beiden Mitglieder Stadtrat Friedrich, Halle, und Kurt Schirmer, Merseburg. Die Versammlung ehrte die Toten durch Erheben von den Plätzen. Dem Landgerichtspräsident Gilland wurde sodann das silberne Ehrenabzeichen für Jahrzehnte Mitgliedschaft überreicht. Acht Neuaufnahmen sind erfolgt. Professor Kneise nahm nun selbst das Wort zu dem Lichtbildervortrag „Von Zermatt bis zum Zittelhaus". Mit bewegten Worten schilderte der Vortragende seine Liebe zu den Bergen; die Berge seien ihm schon in frühester Jugend lieb und vertraut gewesen. Bergsteigen heiße, den Bergen mit Ehrfurcht und Andacht nahen und die Wunder der Hochgebirgswelt mit dankbarem Auge genießen. Nicht im Gipfelstürmen um jeden Preis liege das Heil des Bergsteigers! An Hand von herrlichen Schwarz-Weiß- und Naturaufnahmen, die der Vortragende, der schon viele Jahre begeisterter Gebirgsphotograph ist, sämtlich selbst aufgenommen hat, führte er die andächtig lauschenden Zuhörer nach Luzern, Interlaken — Grindelwald, über Jungfrau — Eiger und Mönch zur donnernden Visp nach Zermatt, dem Löwen der Berge, und dem Matterhorn. Und dann ging es weiter über die Furka nach Arlberg, Allgau und den Oetztaler Eisriesen, um auf dem Zittelhaus im Sonnblickgebiet, der Hütte der Sektion Halle, zu enden. Der stellvertretende Vorsitzende, Oberbergrat Duczynski, dankte dem Redner im Namen der Zuhörer.

„Die Fledermaus" mit Jazz-Einlage. Zu Silvester 1927 und später wiederholt ist im Leipziger Neuen Theater „Die Fledermaus" von Johann Strauß in einer vom Operndirektor Walter Brügmann stammenden neuen „zeitgemäßen" Textbearbeitung und mit Jazz-Einlage aufgeführt worden. Nun hat der Verlag Josef Weinberger in Wien, der auch die Aufführungsrechte an dem Werke besitzt, „wegen ideeller und materieller Schädigung" eine Klage gegen die Leipziger Städtischen Theater eingereicht. Damit wird wohl zum ersten Male ein Prozeß im Sinne Hans Pfitzners geführt, der im vergangenen Jahre beim Krefelder Tonkünstlerfeste in einem Vortrage für den Schutz des Kunstwerkes, vor allem in ideeller Beziehung, eintrat und sich besonders heftig gegen Verballhornungen von Geisteswerken durch selbstherrliche Spielleiter und Kapellmeister verwahrte. Auf den Ausgang des Rechtsstreites darf man gespannt sein. Auf alle Fälle bedeutet die „zeitgemäße" Bearbeitung des Herrn Brügmann eine Geschmacklosigkeit allerersten Ranges.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192804201-11/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 20. April.

Weitere Besserung der Arbeitsmarktlage

Nach dem vorübergehenden Stillstand in der Karwoche hat sich die Arbeitsmarktlage in der Osterwoche weiter leicht gebessert. Der Bestand der männlichen hallischen Arbeitslosen ging von 2480 auf 2330 zurück. Der Beschäftigungsgrad hat zugenommen für Bauarbeiter, namentlich für Tiefbauarbeiter, für Maler, für Schneider sowie für land- und gastwirtschaftliches Personal. Am Wochenende waren noch 761 Bauarbeiter gemeldet gegenüber 851 in der Vorwoche. Die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden stieg von 500 auf 530, hauptsächlich weil das Süßwaren- und das Vervielfältigungsgewerbe jetzt weniger Kräfte brauchen als vor Ostern. Der Bestand der unterstützten Arbeitslosen verminderte sich weiter von 1846 auf 1769. Vermittelt wurden 261 männliche und 182 weibliche feste sowie 221 männliche und 78 weibliche Aushilfsstellen.

Fahrgelderstattung auch bei den Fahrkartenausgaben

Es kommt immer noch häufig vor, daß Reisende, die sich das bereits gezahlte Fahrgeld für eine nicht durchfahrene Strecke erstatten lassen wollen, den umständlichen Weg über die Reichsbahn-Verkehrsämter einschlagen, ohne zu wissen, daß auch die Fahrkartenausgabestellen in bestimmten Fällen zur Rückzahlung des Fahrgeldes ermächtigt sind. Unmittelbar im Anschluß an eine Reise können nämlich sowohl mündliche wie auch schriftliche Erstattungsanträge bis zu einem Betrage von 30.— Mk. an Ort und Stelle durch die Fahrkartenausgaben größerer und mittlerer Bahnhöfe sofort erledigt werden. Voraussetzung ist nur, daß keine Erhebungen anzustellen sind oder für die Entscheidung kein besonderer Schriftwechsel erforderlich ist.

Versammlungserfolge der Deutschnationalen

Als Auftakt zu den Wahlen ließ die Deutschnationale Volkspartei im großen Saale des Gasthauses Helm in Ammendorf den vaterländischen Film „Stolzenfels am Rhein" laufen. Die Bilder löften helle Begeisterung für die deutsche und nationale Sache aus. In richtiger Erkenntnis dieses Umstandes beschränkte Herr Zausch-Halle seine Ansprache nur auf einen kurzen Hinweis auf die Wahlen. Die von der D. N. V. P. bisher im Saalkreis veranstalteten Versammlungen waren überfüllt. Die Versammlungen von anderer Seite fanden vor leeren Bänken statt.

Der verräterische Lichtschein

Zwei Einbrecher auf frischer Tat ertappt.

In ein Grundstück in der Delitzscher Straße hatten sich über Nacht zwei Spitzbuben einschließen lassen, um dann zu nächtlicher Stunde ein im Hause untergebrachtes Kontor heimzusuchen. Als nun ein dort beschäftigter Angestellter ausnahmsweise am späten Abend das Kontor betreten wollte, fiel ihm ein verdächtiger Lichtschein auf. Ohne sich weiter bemerkbar zu machen, eilte er auf die Straße und alarmierte die Schutzpolizei. Die entsandten Beamten faßten die Einbrecher dabei ab, wie sie gerade Schränke und Schubläden gewaltsam öffneten. Die Kriminalpolizei nimmt nach der ersten Vernehmung der Festgenommenen an, daß es sich hier um einen sehr glücklichen Fang handelt. Vielleicht dürften sich jetzt überraschend schnell eine ganze Reihe von Einbrüchen der vergangenen Wochen aufklären.

— Die Liebenauer Straße teilweise gesperrt. Vom 19. April ab ist die Liebnauer Straße zwischen der Flottwell- und Turmstraße zwecks Einbaus eines Lonrohrkanales auf etwa 14 Tage für den Reit- und Fahrverkehr gesperrt worden.

— Neue Brückfelder in der Dölauer Heide. Unweit des Göllmer Weges im westlichen Teil der Dölauer Heide gehen neuerdings Brüche, da dort unter Tag Kohle abgebaut wird. Die gefährdeten Stellen sind mit Draht abgesperrt, und Warnungstafeln verbieten ihr Betreten, das bekanntlich mit Lebensgefahr verknüpft ist.

— Egerer Urbräu. Wer die vielen Artikel der letzten Zeit über die Schikanen der Tschechen gegen Deutschland verfolgt hat, wird es sicher mit Freuden begrüßen, daß das in rein deutschen Händen befindliche Egerer Urbräu nun auch in Halle seinen Einzug gehalten hat! Es ist ein würziger Ersatz für die tschechischen Erzeugnisse, da sein Wasser noch um einige Grade weicher ist als das der tschechischen Biere und in der Weichheit liegt ja bekanntlich die Bekömmlichkeit der Böhmischen Biere. Es ist ein sogenanntes „endvergorenes Bier", dem aller Zucker entzogen ist und daher Zuckerkranken ärztlicherseits empfohlen wird! Die Vertretung der Brauerei für Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen hat, wie wir bereits mitteilten, Herr Rudolf Dietrich (Haus Dietrich) hier übernommen, wo das Bier auch zum Ausschank gelangt.

— Volkshochschule. Es wird darauf hingewiesen, daß der Abendverkauf nicht mehr in der katholischen Volksschule, Oleariusstraße, stattfindet, sondern jetzt Großer Berlin 14, Eingang 2, Zimmer 13. Hier wird auch im Trimester jeden Donnerstag von 7½—8 Uhr abends die Sprechstunde abgehalten.

— Walhalla-Theater. Täglich 8 Uhr der große Erfolg „Die letzte Warnung", ein Kriminalstück in 6 Bildern mit Harry Hill in der Hauptrolle.

Wohin gehe ich heute?

Stadttheater: „Zwölftausend" (8).
Thaliasaal: „S. M. Das Kind" (8).
Walhalla-Theater: „Die letzte Warnung" (8).
Vaterländische Volksbühne: „Die Fledermaus" (8).
C. T. am Riebeckplatz: „Die Sandgräfin" (4, 6.10, 8.15).
C. T. Gr. Ulrichstraße: „Die Sandgräfin" (4, 6.10, 8.15).
Ufa Alte Promenade: Frau Sorgel" (4, 6.15, 8.20).
Ufa Leipziger Straße: „Mädchen, hütet Euch!" (4, 6.15, 8.20).
Schauburg: „Der brave Soldat Schweik" (4.30, 6.30, 8.30).
Modernes Theater: „Besuch aus Afghanistan" (8).
Rakete: Das fabelhafte Kabarett-Programm (8).
Ruths Kunstlerspiele: Das glänzende April-Programm (8).
Haus Dietrich-Kasino: Die großhäddische Herse-Band

Ein Nachspiel aus der Max Hölz-Zeit

Zwei ehemalige Sipowachtmeister vor Gericht, weil sie bewaffnete Zivilisten erschossen

Gestern begann vor dem hallischen Schwurgericht eine Verhandlung, die die Beiwohnenden in jene Zeit zurückführte, als Max Hölz mit seinen roten Horden in Mitteldeutschland sein Schreckensregiment errichtet hatte. Die Anklage richtet sich gegen zwei ehemalige Sipowachtmeister, den jetzigen Sägemüller in Magdeburg Ernst Bonebeck und den jetzigen Musiker in Laage, Robert Zoepke. Alte Beamte und Soldaten stehen also auch hier wieder vor dem Richter, die damals ihr Leben für denselben Staat einsetzten, der sie heute zur Verantwortung zieht für Dinge, die im Drang einer jetzt gar nicht mehr zu rekonstruierenden Zeit geschahen, wo die Tat allein, nicht Gefühlsduseleien die Lage retten konnten. Für die Verhandlung ist eine dreitägige Dauer vorgesehen.

Der Angeklagte Bonebeck wird zunächst vom Gericht vernommen. Er gibt eine anschauliche Schilderung von den Geschehnissen jener wilden, gefährlichen Märztage im Jahre 1928. Auch die Magdeburger Sicherheitspolizei, bei der beide Angeklagte Dienst taten, mußte damals ins Aufruhrgebiet abrücken. Unter steten Kämpfen drang die Polizeitruppe schließlich bis nach Eisleben vor, wo man den Bahnhof besetzte. Hier wurden nun am Karfreitag oder Ostersonnabend zwei Zivilisten von den angeklagten unbekannten Sipoleuten — es sollen Mühlhäuser Beamte gewesen sein — eingeliefert; gleichzeitig aber gab ein Hauptmann dem Transportkommando und den beiden Magdeburgern den Befehl, die beiden Eingelieferten seien zu erschießen, weil sie mit der Waffe in der Hand aufgegriffen worden wären. Der Befehl wurde ausgeführt; in einer nahen Schlucht sind die Zivilisten von den Mühlhäusern standrechtlich erschossen worden. Da der eine nicht tötlich getroffen war, gab Bonebeck, um ihm seine Qualen abzukürzen, ihm den Fangschuß. In derselben Weise schildert auch der Angeklagte Zoepke die Geschehnisse. Allerdings beteuert er, keine Schüsse mit abgegeben zu haben.

Nachdem die Vernehmung der Angeklagten abgeschlossen war, hörte das Gericht zwei ärztliche Sachverständige. Dr. Hartmann aus Helfta sagte aus, daß er auf Veranlassung des Ortsvorstehers auf den Friedhof gegangen sei, um die beiden Erschossenen zu bezeugenscheinigen. Er hätte dort festgestellt, daß als Todesursache Schüsse anzusehen seien, die sofort tödlich gewirkt haben müßten. Als zweiter Sachverständiger tritt Prof. Siefert, Halle, auf, der feststellt, daß bei beiden Angeklagten ein ausgesprochene typischer Krankheitszustand nicht vorliege, wenn auch Bonebeck infolge einer aus der Kinderzeit stammenden Kopfverletzung leichter Neurastheniker sei. Außerdem aber habe Bonebeck im Kriege Dienst bei einem Sturmtrupp getan, den Krieg also in seiner furchtbarsten Form kennen gelernt; ihn mit seinen mitgenommenen Nerven habe darum das plötzliche Hereinstellen in einen Bürgerkrieg maßlos aufregen müssen.

Die Verhandlung wird heute mit Zeugenvernehmungen fortgesetzt werden. Die Urteilsfällung ist am Sonnabend zu erwarten.

Der immer wieder hereingefallene Berger

Jeder neue Fall beweist die haarsträubende Unfähigkeit des ehemaligen Stadtbankdirektors

In der gestrigen Fortsetzung des Stadtbankprozesses wurde noch zum Fall Naumann Bankdirektor Göthert als Sachverständiger vernommen. Er äußerte sich zusammenfassend dahin, daß der Fall Naumann nicht bankmäßig aufgezogen gewesen sei; denn Berger hätte zum mindesten vorher bei Gewährung eines so hohen Kredits sich eingehend mit den Verhältnissen der G. m. b. H. vertraut machen und ihre Bücher wie überhaupt die Kapitalverhältnisse prüfen müssen. Immerhin sei dieser Kredit wohl der erste unter den vielen, die bisher zur Verhandlung kamen, der an eine Firma gegeben wurde, die wirklich einigermaßen hinreichende Sicherungen stellen konnte. Trotzdem aber könne sich auch hier, daß Berger von der Abwicklung bankmäßiger Geschäfte nun einmal nichts verstanden hätte. Weiterhin hätte Berger zweifellos darin „unfair" gehandelt, daß er Gefälligkeiten von Naumann annahm, daß er sogar bei ihm Kredit in Anspruch nahm.

Das Gericht geht nun wieder zum Fall Zietz über. Diese kleine Winkel-Damenhandtaschenfabrik hatte im November 1925 einen Kontostand von mehr als 42 000 Mark erreicht. Dazu nahm man neuerdings fingierte Wechsel in Höhe von 42 000 Mark herein, um auf diese Art der Novemberrevision Sand in die Augen streuen zu können. Die Summe der in betrügerischer Absicht ausgestellten Wechsel stieg damit auf beinahe 70 000 Mark. Den Akzeptanten mußte wiederum Schmidt, der Reisende der Firma Zietz, spielen. Im Dezember kamen 2000 Mark an neuen Schulden auf das Konto hinzu. Scheinbar, um all dies mehr zu verschleiern, tauchen jetzt wieder zwei fremde Konten auf, von denen das eine die Wechselbeträge aufnahm.

Berger scheint dann aber doch endlich eingesehen zu haben, daß er bei der ganzen Sache der Hereingefallene war. Er setzte nun kurzerhand in den Zietzschen Betrieb einen neuen Mann, Thieme, der gleichfalls Kunde der Stadtbank war. Aber auch die Talente dieses Stadtbankkunden scheinen einigermaßen illusorisch gewesen zu sein; auch unter der neuen Leitung kam die Firma auf keinen grünen Ast und pumpte weiter. Die Firma schloß mit einer Restschuld in Höhe von etwa 80 000 Mark ab, und diese ganze Summe hatte die Stadtbank als Verlust zu buchen. Thieme, der nun als Zeuge vernommen wird, weiß nichts wesentliches auszusagen.

Bankdirektor Göthert gibt sein Urteil dahin ab, daß unter keinen Umständen dieser Firma, die nicht die geringsten Sicherheiten stellen konnte, ein solch erheblicher Kredit bewilligt werden durfte. Er weist dann noch einmal besonders darauf hin, daß die ganze Wechselgeschichte ganz offenbar und wohlüberlegt nur darauf angelegt gewesen sei, den Revisor zu täuschen.

Der Verhandlung wird am Montag vormittag fortgesetzt.

Aus aller Welt

Schwerer Schiffszusammenstoß

Ein deutscher Dampfer gesunken.

(Telegraphische Meldung.)

Kopenhagen, 19. April.

Wie aus Nykjöbing gemeldet wird, ist der Schleppdampfer „Gladiator" aus Hamburg, etwa zehn Seemeilen südlich von Gjedser, von dem dänischen Motorschiff „Lalandia" gerammt worden und in wenigen Minuten gesunken. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der deutsche Dampfer fast in zwei Teile gespalten wurde. Die „Lalandia" setzte sofort Rettungsboote aus, und es gelang, acht Mann der deutschen Besatzung zu retten, während der zweite Maschinenmeister Müller den Tod fand. Die „Lalanda" konnte mit den deutschen Seeleuten ihre Fahrt nach Kopenhagen fortsetzen.

300 000 Liter Oel verbrannt

(Telegraphische Meldung.)

Paris, 19. April.

In Lyon ist ein Automobil-Oellager von 800 000 Litern in Brand geraten. Das Feuer konnte erst nach fünfstündigen Bemühungen der Feuerwehr gelöscht werden. Der Schaden beträgt zwei Millionen Franken.

Die Riesenschlange als Kopfschmuck

Die orientalische Tänzerin Nerida zeigt sich bei ihren Tanzdarbietungen, mit denen sie in Amerika großen Beifall fand, mit einer drei Meter langen Python-Schlange, die sich um den Kopf der Tänzerin windet.

Turnen, Spiel und Sport

Fräulein Mühe schwimmt Weltrekord

Bei den Olympischen Prüfungskämpfen der deutschen Schwimmer in Magdeburg schlug Frl. Mühe-Hildesheim im 200-Meter-Brustschwimmen die deutsche und Europameisterin Hilde Schrader-Magdeburg in neuer Weltrekordzeit von 3:15,8 ganz überraschend. Frl. Mühe unterbot die bisherige Weltrekordzeit der Tänin Jacobsen um ⅕ Sekunden. Sekunden.

Marine-Meisterschaften 1928

Die Marine-Meisterschaften 1928 werden vom 9. bis 12. August in Kiel ausgetragen, und zwar im Segeln, Rudern, Schwimmen, Leichtathletik (nur im Offiziers-Fünfkampf), Turnen-Geräteneunkampf, Fechten, Schießen, Kraftradfahren, Gruppensechskampf der Stationen und der Flotte, Mehrkämpfen und Spielen. Die Leitung der Vorbereitung und die Durchführung der Meisterschaften ist dem Kommando der Marinestation der Ostsee übertragen worden.

Ausgefallene Sportveranstaltungen in Hannover

Die für Sonntag in Hannover vorgesehenen Rugbyspiele mußten wegen der ungünstigen Witterung ausfallen. Auch die Hannoverschen Pferderennen wurden wegen des anhaltenden Regenwetters für Sonntag abgesagt. Das Sonntagsprogramm wird am Donnerstag zum Austrag gelangen. Die für Dienstag angesagten Rennen bleiben in der angekündigten Form bestehen.

Mitteldeutsche Fußballmeisterschaft

Am Sonntag, den 22. April, findet in Dresden das Endspiel um die Mitteldeutsche Fußballmeisterschaft statt. Wacker-Halle und Dresdner Sportklub werden sich einen interessanten, spannenden und abwechslungsreichen Kampf liefern. Die eingegangenen Meldungen reichen allerdings noch nicht für einen Sonderzug aus, und es ist daher dringend geboten, daß sich alle diejenigen, die sich an dieser Fahrt beteiligen wollen, umgehend melden, damit ein Sonderzug zustandekommt. Der Meldetermin läuft

Heute, Freitag nachmittag um 6 Uhr

ab. Wer bis zu dieser Zeit nicht die schriftliche Erklärung abgegeben hat, daß er die Fahrt mitmachen will, muß die Reise allein und zu einem höheren Fahrpreis machen.

Den Vorverkauf für das Endspiel

hat ebenfalls das Reisebüro der „Hallschen Zeitung" übernommen, und zwar sind Tribünensitzplatz-Karten zum Preise von 2,50 Mark und Stehplatz-Karten zu 1 Mark erhältlich. Der Vorverkauf wird Sonnabend mittag um 18 Uhr geschlossen.

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Redaktionelle Leitung: Harry Erwin Weinsinck.
Verantwortlich für Politik: Otto Friedrich; für Lokales, Feuilleton und Unterhaltung: Harry Erwin Weinsinck; für Volkswirtschaft: Dr. oec. publ. Fernhard Fritsching; für Sport und den allgemeinen Teil: Sport u. Spiel; für den Provinzteil: Dr. phil. Rudolf Schroth; für den Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle. — Sprechstunden der Schriftleitung: Hauptschriftleitung 12—1 Uhr, übrige Schriftleitung 11—12 Uhr. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW 61, Blücherstraße 22. Leitung: Alfred W. Kornis.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192804201-11/fragment/page=0003

Landwirtschaft – Handel – Industrie

Der Saalehafen Halle-Trotha

Ein beachtenswerter Einwand gegen das Projekt

Wir haben in unserem Abendblatt vom 7. April eine Zuschrift der Städtischen Tiefbauverwaltung mit dem Titel „Die Zukunft des Saalehafens Trotha" veröffentlicht und haben dabei in einer redaktionellen Bemerkung gefordert, daß bei der Planung „Sonderinteressen zu schweigen und die großen Gesichtspunkte der Volkswohlfahrt im Vordergrund zu stehen" hätten.

Dazu muß selbstverständlich alles Für und Wider reichlich erwogen werden. Vor allem sind sachlich begründete Einwände zu prüfen. Als solcher erscheint uns der nachfolgende Aufsatz, der aus der Feder eines Mannes stammt, der sowohl im Verkehrswesen wie im Handel mit landwirtschaftlichen Produkten im hiesigen Bezirk tätig war, also die besonderen Verhältnisse kennen dürfte. Wir nehmen dabei an, daß die Freunde des Projektes diese Kritik gewissenhaft prüfen und sich, wenn es die Darlegungen verdienen, auch gern belehren lassen. Die Schriftleitung.

*

Jeder einigermaßen mit den Verkehrsverhältnissen Vertraute muß zugeben, daß diese Ausführungen weit über das Ziel hinausschießen. Ich möchte mich daher mit den einzelnen Punkten des Artikels, schon im Interesse der Hallenschen Steuerzahler, etwas genauer beschäftigen; denn schließlich hat doch die Bürgerschaft wieder die Kosten zu tragen, wenn auf Utopien hin größere Kapitalien in Anlagen gesteckt werden, die sich späterhin als überflüssig erweisen.

Der jetzige Umschlagshafen Halle als Endhafen der Saaleschiffahrt ist der Umschlagsplatz für Thüringen, einem Teil des nördlichen Bayerns, sowie zum Teil für Leipzig und das westliche Sachsen. Diese Umschlagsgüter gehen heute fast ausschließlich von der Strecke Leipzig—Halle und Halle—Merseburg aus.

Sobald nun der Elster-Saale-Kanal erbaut und die Saale demgemäß bis zur Einmündung desselben reguliert sein wird, ist Halle als „Umschlagshafen" ohne weiteres erledigt

und behält nur noch den Hallenschen Ortsverkehr; denn naturgemäß werden dann die Umschlagsgüter den längsten Wasserweg und kürzesten Bahnweg benutzen. Die Güter werden dann also in Leipzig und Merseburg umgeladen werden. Halle wird dann zu einem kleinen Zwischenhafen herabsinken,

was sehr bedauerlich ist, sich aber unter den gegebenen Verhältnissen nicht verhindern läßt.

Ob ein nennenswerter Verkehr nach Fertigstellung des Mittellandkanals für Halle entstehen wird, ist mindestens stark zu bezweifeln und läßt sich nicht nachweisen. Jedenfalls aber wird die Reichsbahn nach ihrer jetzt schon geübten Methode durch entsprechende Ausnahmetarife dafür sorgen, daß dem Bahnwege so wenig wie möglich Verkehr entzogen wird.

Beschäftigen wir uns nun mit den einzelnen Punkten des genannten Artikels. Es heißt darin:

1. Der neue Hafen Trotha müsse in Erwägung gezogen werden, weil er der dem Bestimmungsort zunächst gelegene Hafen sei, z. B. für Leipzig. — Sehen wir davon ab, daß der alte Hallesche Hafen 7 Kilometer näher an Leipzig liegt, als der Trothaer Hafen. Aber glaubt denn der Verfasser, daß

Leipzig sich seine Hafenanlagen erbaut, um nach Fertigstellung des Elster-Saale-Kanals die für Leipzig bestimmten Güter über Halle zu beziehen?

2. Weil der Trothaer Hafen unterhalb der Schleuse liege, würden Schleusengebühren und Liegezeiten gespart! — Die Ersparnis an Schleusengebühren beträgt in Wirklichkeit je nach Güterklasse ¼ bis ½ Pfg. je Zentner, also nur den Bruchteil eines Pfennigs, der bei der Frachtkalkulation gar nicht zum Ausdruck kommt. Was für Liegezeiten gespart werden sollen, darüber konnte mir kein Schiffahrtstreibender Auskunft geben.

3. und 4. Der Trothaer Hafen liegt nicht unmittelbar an der Staatsbahn, sondern ist durch ein sehr langes Anschlußgleis mit derselben verbunden. Es wird seitens der Bahn eine Anschlußgebühr von 3,45 R.-M. je Wagen erhoben, wozu noch die Rangiergebühren kommen. Diese Kosten und die höhere Bahnfracht, da Trotha 7 Kilometer weiter als Halle ist, dürften schon die Hafenfracht vom alten Hafen nach der Staatsbahn Halle so ziemlich ausgleichen. Sicher wird aber die Hafenbahn durch Verbilligung der jetzigen Hafenfrachten sich der Trothaer Konkurrenz anzupassen wissen. Da das im Trothaer Hafen investierte Kapital verzinst und amortisiert werden muß, so bleibt es mir ein Rätsel, inwiefern der neue Hafen billiger als der alte Hafen arbeitet. Es sei denn, daß die Stadt aus angeblich „idealen" Interessen Geld hinauswirft. Und das ist es gerade, was ich mit meinen Ausführungen verhindern will.

5. Wieso der Wasserweg von Barby saaleaufwärts kürzer sein soll als von Barby (Abzweigung der Saaleschiffahrt) die Elbe aufwärts, verstehe ich nicht. — Von Barby (Saalemündung) bis Trotha beträgt die Entfernung 100 Kilometer, von Barby elbaufwärts z. B. nach Aken nur 18 Kilometer, nach Wallwitzhafen 30 Kilometer, nach Wittenberg 78 Kilometer. Von Barby nach Riesa beträgt die Entfernung sogar 180 Kilometer und trotzdem ist die Fracht dahin billiger als nach Halle, weil eben nicht nur die Kilometerentfernung bei der Fracht mitspricht, sondern die größeren Ausmaße der Elbeschiffe mit ihrer zweibis dreimal größeren Tonnage als die Saaleschiffe. So beträgt laut Bericht der Hafen- und Verkehrszeitung Hamburg vom 30. März, Nr. 13, die Fracht für Massengut von Hamburg nach Riesa 52 Pfg., dagegen nach Halle 65 Pfg. je 100 Kilogramm.

6. und 7. Für die Gebiete zwischen Saale und Weser (z. B. für Nordhausen) käme die Verfrachtung über Trotha billiger, als weseraufwärts! — Ich kann darauf erwidern, daß sich heute Verladungen nach Nordhausen über die Mittelelbe trotz des etwas längeren Bahnweges wesentlich billiger stellen, als über Halle. Ebenso wird die Mittelelbe nach den weiter an die Weser heranliegenden Stationen immer Halle den Rang ablaufen können, soweit überhaupt gegen Verladungen über die Weser aufzukommen ist. Aber es schadet nichts! Was bisher keiner fertiggebracht hat, Freunde des neuen Hafens Trotha kennen keine Hindernisse! Nach dem Verfasser müssen die von Uebersee kommenden Güter auf dem Wege rheinweserwärts durch niederländisches Gebiet reisen und niederländischen Zoll entrichten. — Weiß denn der Herr Verfasser nicht, daß

Bremen das Einfallstor für die Weser ist und seewärts eingehende Güter kein fremdes Zollgebiet zu passieren brauchen? Im übrigen kann ich dem Verfasser sagen, daß weder die Niederlande noch Belgien für durchgehende Güter Zoll oder sonstige Gebühren erheben,

ebensowenig wie dies auf der Elbe und Donau im Durchgangsverkehr mit der Tschechoslowakei und den Donauländern geschieht.

Die „Sallischen Nachrichten (General-Anzeiger)" brachten in ihrer Nr. 54 vom 3. März über den „Großhafen Halle-Trotha" mehrere Abhandlungen zu gleicher Zeit. Auf den sich widersprechenden Inhalt will ich nicht weiter eingehen. Interessant aber ist darin das glatte Zugeständnis, daß Halle seiner Stellung als Kopfstation der Saale für den Güterumschlag von und zur Bahn nach Eröffnung des Schiffahrtsweges Halle—Merseburg—Leipzig verlustig gehen würde. Jedoch würde dies, so heißt es in jenem Artikel weiter, durch eine Verdoppelung des gesamten Verkehrs auf der Saale, der 1910/13 durchschnittlich 700 000 Tonnen betragen habe, wieder bestimmt wettgemacht werden können. — Leider ist jenem Verfasser, vielleicht aus Unkenntnis, ein kleiner, aber sehr gewichtiger Fehler unterlaufen. Es sind nämlich nur 270 000 Tonnen durchschnittlich 1910/1913 nach Halle gekommen, laut amtlicher Statistik. Wenn man den für Halle in Betracht kommenden Verkehr feststellen will, darf man aber nicht den Verkehr durch die Kalbenser Schleuse als Grundlage nehmen, weil darin der starke Talverkehr der unteren und mittleren Saale enthalten ist. Da man selbst zugibt, daß der Umschlagsverkehr von Halle abwandert, dieser aber etwa fünf Sechstel des Gesamtverkehrs beträgt, kann leicht errechnet werden, wieviel von den erwähnten 270 000 Tonnen für Halle übrig bleibt!

Wie ich dargelegt habe, wird durch den Elster-Saale-Kanal der Hallesche Umschlagsverkehr stillgelegt werden, was im Interesse unserer Stadt entschieden zu bedauern ist. Warum aber zu den alten Anlagen noch neue schaffen, damit auch diese einst brach liegen?

F. Loesch.

Der deutsche Industrie- und Handelstag

Die eben zu Ende gegangene Vollversammlung des „Deutschen Industrie- und Handelstages" im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes war von fast allen Spitzen der deutschen Wirtschaft und Politik besucht. In seiner Begrüßungsansprache wies der Präsident von Mendelsohn auf die Erfolge hin, die in den letzten Jahren für das Zusammenleben und die Wohlfahrt aller Völker, insbesondere auch des deutschen, erreicht worden seien. Der Redner erbat für die Zukunft gerechte Beurteilung der Forderungen des Industrie- und Handelstages, der kein Werkzeug der Beherrschung des Staates durch die Wirtschaft sei, sondern die Anliegen der ganzen Wirtschaft vertrete und darüber hinaus die gesamte Volkswohlfahrt fördern wolle.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann unterstrich in seiner großen Ansprache seine Auffassung, daß zurzeit der Kampf um die Staatsform zurückzustellen sei. Während in anderen Erdteilen Handel und Erzeugung gegenüber der Vorkriegszeit um ein Drittel gestiegen seien, hätte Europa kaum den alten Stand wieder erreicht. Dies sei ein Alarmzeichen und wiese alle Kräfte Europas auf das Ziel der wirtschaftlichen Förderung durch Zusammenarbeit hin. Die schlimmen wirtschaftlichen Kriegsfolgen seien vor allem darauf zurückzuführen, „daß man dem Einzelnen sein Eigentum genommen habe, weil die Staaten miteinander im Kampfe liegen". Dies war wieder einer der berühmten Auffassungen des Herrn Ministers, mit denen er so leicht den Beifall der unkritischen Masse erringt. Denn wie ein Staat Krieg führen soll, ohne von seinen Bürgern nicht nur Blut, sondern auch Gut zu fordern, dürfte der Herr Minister wohl nicht angeben können.)

Generaldirektor Thaghart verlangte in seiner Rede eine Lohnpolitik, die auf die Rentabilität der Wirtschaft Rücksicht nimmt. Der Außenhandel sei mit allen Mitteln zu fördern, aber man könne nicht Waren ausführen, ohne auch fremde Erzeugnisse zu kaufen. Von einer allgemeinen Zollerhöhung könne jedoch keine Rede sein, solange andere Völker ihr System des Hochschutzzolles nicht abbauten.

Der ehemalige Reichsminister Dr. Hermes beschäftigte sich besonders mit unserer Agrarkrisis. Technische Rationalisierung und Verbesserung der Absatzorganisation sei der einzige Ausweg. Die erhöhte Rentabilität der Milchwirtschaft sei ein Beweis für die Möglichkeit von Verbesserungen. (Hiergegen wäre freilich zu erwähnen, daß die Milcherzeugung in weit geringerem Maße von der Uebersee-Konkurrenz zu leiden hat, als z. B. der Getreidebau.)

Dr. Hamm, der frühere bayerische Handels- und Reichswirtschaftsminister hob die Notwendigkeit größerer Publizität der Privatwirtschaft hervor. Den Vorwurf einer „mammonistischen Wirtschaftsauffassung", der so oft der Privatwirtschaft gemacht wird, wies der Redner zurück. Wir würden zwar kein „laissez faire Prinzip" ertragen können, aber das Ueberhandnehmen unnötiger Einmischung der öffentlichen Gewalt sei ein großes Hindernis für den raschen Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Insbesondere sei der öffentliche Aufwand stark zu beschneiden.

Dr. v. Siemens behandelte in eingehender Ausführung die Tarifpolitik der Reichseisenbahn. Nach der Struktur ihrer Bilanzaufmachung und ihrer Finanzpolitik dürfe die Eisenbahn unter keinen Umständen mit Verlusten abschließen. Bei drohender Gefahr eines Verlustes müssen also die Einnahmen erhöht werden und dies sei unter Umständen nur durch eine Tariferhöhung möglich. —

Endlich nahm der Industrie- und Handelstag eine umfangreiche Entschließung an, die alle in der letzten Zeit von der Wirtschaft geäußerten Wünsche zusammenfaßt. Vom grundsätzlichen Bekenntnis zur Privatwirtschaftsordnung ausgehend seien vor allem die Entlastung von öffentlichen Abgaben zu fordern. Eingriffe des Staates in die Lohnentwicklung müßten auf das äußerste beschränkt werden. Der Landwirtschaft wird auch hier der gute Rat der planmäßigen Steigerung der Erzeugung gegeben. —

Ueberblickt man die große Zahl von Wünschen und Forderungen, so kann man sich des Eindrucks doch nicht erwehren, daß hier des geschlossenen Auftretens zuliebe einfach so gut wie alle Wünsche, die irgendwie in der Wirtschaft auftauchen, zusammengestellte sind, auch dann, wenn sie sich offensichtlich gegenseitig zwar nicht widersprechen, aber doch ausschließen. **Dr. Fr.**

Wir berichten im Auszug:

Greppiner Werke. Im Geschäftsjahr 1927 hat die Gesellschaft aus Kohlen und Briketts 2 155 500 (2 016 052) Rm. erlöst. Zinsen und sonstige Einnahmen betrugen 59 056 (88 470) Rm. Hiervon beanspruchten Handlungsunkosten 119 771 (139 024) Rm., Steuern 96 734 (91 862) Rm., Betriebsausgaben 1 381 646 (1 319 798) Rm., soziale Beitrage 100 093 (71 955) Rm., so daß sich nach Abschreibungen von 271 866 (222 884) Rm. zusammen mit dem 19 852 Rm. betragenden Vortrag aus 1926 ein Reingewinn von 261 899 (270 344) Rm. ergibt. Hieraus sollen, wie bereits mitgeteilt, u. a. wieder 10 Proz. Dividende verteilt und 14 327 Rm. vorgetragen werden. Der Absatz an Rohkohlen und Briketts im abgelaufenen Geschäftsjahr wird als befriedigend bezeichnet. Die Kohlenförderung erhöhte sich von 519 508 Tonnen in 1926 auf 561 977 Tonnen in 1927 und die Brikettserzeugung nahm von 50 172 Tonnen auf 73 085 Tonnen zu. Das gegen Ende vorigen Jahres erworbene Tagebaufeld Döbern wurde ergänzt. Es erstreckt sich auf über 1000 Morgen und sichert dem Unternehmen mit einem Kohleninhalt von 320 Mill. Hektoliter eine Lebensdauer von etwa 40 Jahren. Aus den vorhandenen Mitteln hat man bei Abfassung des Geschäftsberichts bereits die Hälfte des Kaufpreises bezahlen können, während der Rest in Jahresraten bis zum Jahre 1933 zu entrichten ist. Dagegen wurde das unverritzte Tiefbaufeld Werbelin mit Nutzen gegen den Buchwert verkauft.

Zahlungsschwierigkeiten der Mannheimer Gewerbebank. Seit Dienstag hat die Mannheimer Gewerbebank, Mannheim, ihre Zahlungen eingestellt. Wie wir hören, sind einige Großbanken, die um Hilfe angegangen worden sind, die Rheinische Creditbank und Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, im Augenblick damit beschäftigt, den Status festzustellen. Die Schwierigkeiten sollen dadurch entstanden sein, daß das Institut an die Badische Beamtenbank, Karlsruhe, ein Darlehen von 350 000 R.-M. gegeben hat, die dieses Darlehen an ein industrielles Werk als Kredit weitergegeben hatte. Das Werk konnte aber den Kredit nicht zurückzahlen. Wie hoch die Forderungen sind und ob die Schwierigkeiten behoben werden können, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen.

Torgauer Glashütte A.-G. Die zur Vopelius-Saar-Gruppe gehörige Torgauer Glashütte A.-G. hat zwecks Erweiterung ihres Betriebes von der Stadt Torgau neben ihrer jetzigen Fabrik Gelände von 40 000 Quadratmeter angekauft.

Neuplazierung von Reichsschatzwechseln. Angesichts der Entlastung des Geldmarktes und des starken Anlagebedarfs der Banken, hat sich das Reichsfinanzministerium entschlossen, dem Markt erneut Schatzwechsel zur Verfügung zu stellen. Gestern ist bereits ein Betrag von etwa 5 Millionen Mark plaziert worden, und, wie verlautet, ist beabsichtigt, nach und nach eine Schatzwechsel im Gesamtbetrage von ungefähr 30 Millionen Mark zu plazieren. Hierzu ist zu sagen, daß der Kassenbestand des Reiches zur Bestreitung des Extraordinariums stark in Anspruch genommen werden mußte. Das Reich will nun einen Teil der Mittel durch Verkauf von Schatzwechseln mobilisieren, obwohl ihm bei der Reichsbank ein Kontokorrentdiskont in Höhe von 100 Millionen Mark zur Verfügung steht. Das Reichsfinanzministerium will jedoch diesen Diskont nur zum Ausgleich der erforderlichen Spitzenbeträge in Anspruch nehmen. Begünstigt wird dies noch dadurch, daß die im Februar ausgegebenen Wechsel bereits im Mai fällig sind. Angesichts der Entwicklung der Kassenlage muß also über kurz oder lang doch eine stärkere Begebung von Schatzwechseln ins Auge gefaßt werden. Alle diese Maßnahmen stehen jedoch in keiner Weise mit dem Finanzprogramm der Reichsregierung (Notprogramm, Liquidationsschädenschlußgesetz usw.) im Zusammenhang.

Reichstagung des Deutschen Automobilhändler-Verbandes. Der Deutsche Automobilhändler-Verband trat im Rathaus zu Hannover zu einer Reichstagung zusammen, der Vertreter des Reichswirtschafts-, des Reichsfinanz- und des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe beiwohnten. Namens der drei Ministerien sprach Ministerialrat Pfing-Berlin begrüßende Worte und betonte, daß die Ministerien die Bedeutung des Automobilhandels und ihres Verbandes durchaus zu würdigen wüßten. Der Vorsitzende des Verbandes, Ingenieur Kleinrath-Hannover, hielt ein Referat über Kraftfahrzeughandel und -gewerbe in der deutschen Gesamtwirtschaft und betonte u. a., dem Interesse des Kraftfahrzeug fahrenden Publikums zu dienen, sei ausschließlich Sache des Kraftfahrzeughandels und -gewerbes. Der Verband müsse es ablehnen, daß sogenannte Sachverständigenverbände sich zwischen den Handel und seine Abnehmer stellten und die Beratung des Handels als unzweckmäßig, weil „interessegebende" bezeichneten.

Holländischer Lokomotivenauftrag an die deutsche Industrie. Der langumstrittene Auftrag der holländischen Regierung für den Bau von zehn Lokomotiven ist nunmehr doch auf Grund der billigeren Angebote der deutschen Lokomotivenindustrie zugefallen. Fünf Lokomotiven soll die Hohenzollern-A.-G. für Lokomotivbau in Düsseldorf liefern, die restlichen fünf wird voraussichtlich die Berliner Maschinen-A.-G. vorm. L. Schwartzkopff bauen.

Lohnkämpfe in der hannoverschen Metallindustrie. In der hannoverschen Metallindustrie ist es infolge von Lohnforderungen zu einer Streikbewegung gekommen, der sich bisher etwa 1600 Arbeiter angeschlossen haben. Von der Streikbewegung wurden vorläufig die Betriebe von Sorst u. Co., Ostermann u. Sohn, sowie einzelne Gruppen aus den Betrieben der Hanomag, Lindener Eisen- und Stahlwerke, sowie der Orion-Werke betroffen. Doch kommen insgesamt für die Bewegung etwa 15 000 Arbeiter in Frage. Da der Verband der Metallindustriellen auf dem Standpunkt steht, daß der Lohntarif noch nicht in allen Betrieben abgelaufen ist, hat er die Arbeiter unter Androhung der Aussperrung zur Wiederaufnahme der Arbeit bis morgen aufgefordert. Die Arbeiterorganisation betonen demgegenüber, daß der Wochenschluß in den einzelnen Betrieben sehr verschieden liege und wollen die Auffassung der Arbeitgeber nicht anerkennen. Die Streikbewegung dürfte infolgedessen bald weitere Kreise ziehen.

Frankfurter Abendbörse

Frankfurt, 12. April. Die Abendbörse zeigte im Anschluß an die meist freundlichere Nachbörse weitere Besserung, doch war das Geschäft nicht umfangreich und beschränkte sich im wesentlichen auf Deckungskäufe der Spekulation. Danatbank trat mit einer 9prozentigen Besserung hervor, ebenfalls Rheinstahl, Bergmann, Karstadt und Cement Heidelberg. Für Waldhof hielt sich vor allem Interesse, der hohe Frankfurter Nachbörsenkurs von 296 wurde noch überschritten. J. G. Farben besserten sich leicht. Am Anleihemarkt waren Ablösungsschuld für 9ußestig gefragt und fester, von Auslandsrenten blieben Serben mit 22½ gefragt. Im Freiverkehr lagen amerikanische Kunstseidenwerte fest.

Dividenden

Carl A. Schmidt, Dampfsäge-Werk, Erfurt	0	(0)	
Deutsche Grundkredit-Bank, Gotha (a. A.)	9		
(n. A.)	4,5		
Deutsche Werft A.-G., Hamburg	6		
Dittersdb. Filz- und Kratzentuchwerke A.-G.	18		
Dresdener Kassen-Verein A.-G.	0	(0)	
Elektra A.-G., Dresden	12	(10)	
Mitteldeutsche Kunstanstalt, Heidenau	0	(4)	
Poldihütte A.-G., Prag	8		
Ver. Aluminium-W. A.-G., zu Cartawert (Lausitz	9	(8)	
Wollwarenfabrik „Mercur", Liegnitz	12	(10)	
Aachen-Münch. Feuerv. A.-G. (Aachen (R.-M.)	20	(15)	Vorschlag
A.-G. Georg Egestorff, Salzg (Hannover)	8	(8)	„
All. Verf.-Ges. f. Sce-, Flußv., u. Land.-T., Dresden	15	(15)	„
Bergmann-Elektrizitäts-Werk A.-G., Berlin	9	(8)	„
Deutsche Holzwirtschaftsbank, Berlin	4	(0)	„
Deutsche Hündholz-Verkaufs A.-G., Berlin	0	(0)	„
Erste Donau-Dampfsch.-Ges., Wien (per Aktiva)	6	Sch.	„
Innwerk Bayer. Aluminium-A.-G., München	6	(6)	„
Oesterreichische Kreditanstalt, Wien	10	(10)	„
Porzellanfabrik Ph. Rosenthal u. Co., Berlin	7	(5)	„
Speditions- u. Eisbschiff-Kontor, Schönebeck	4		„
Speditionsverein, Wallwitzhafen	4		„
Thüringer Wollgarnspinnerei, Leipzig	14	(12)	„
Transatlantische Güterverf.-Ges., Berlin	12	(15)	„

Börsen- und Kursberichte im Abendblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192804201-11/fragment/page=0004